

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0041/2014/IV

Datum:
07.03.2014

Federführung:
Dezernat III, Amt für Schule und Bildung

Beteiligung:

Betreff:

Raumsituation in der Marie Baum-Schule

Informationsvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 14. April 2014

Beratungsfolge:

| Gremium: | Sitzungstermin: | Behandlung: | Kenntnis genommen: | Handzeichen: |
|----------------------------------|-----------------|-------------|---|--------------|
| Ausschuss für Bildung und Kultur | 27.03.2014 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne | |
| Gemeinderat | 10.04.2014 | Ö | <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ohne | |

Zusammenfassung der Information:

Der Ausschuss für Bildung und Kultur und der Gemeinderat nehmen die Information zur Raumsituation in der Marie-Baum-Schule zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

| Bezeichnung: | Betrag: |
|---------------------------------|---------|
| Ausgaben / Gesamtkosten: | |
| Keine. | |
| | |
| Einnahmen: | |
| | |
| | |
| Finanzierung: | |
| | |
| | |

Zusammenfassung der Begründung:

Ein Raummangel an der Marie-Baum-Schule ist nicht zu bestreiten. Dennoch ist bei Überlegungen zu umfänglicheren Baumaßnahmen Zurückhaltung geboten, da

- für den Bereich der Beruflichen Schulen ein deutlicher Rückgang der Schülerzahlen prognostiziert ist und
- nach Einführung der Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg deren Auswirkungen auf die berufsbildenden Vollzeitschulen noch nicht abzusehen sind.

Sollte sich der Bedarf dauerhaft bestätigen, wäre nach der Erstellung einer Raumbedarfsanalyse durch das Regierungspräsidium Karlsruhe ein Rückgriff auf die dortige Hausmeisterwohnung ein möglicher Lösungsansatz. Den Bedarf für eine Aula sehen wir als nicht gegeben an. Für größere schulische Veranstaltungen kann die benachbarte Neckarhalle genutzt werden. Darüber hinaus sind derartige Räumlichkeiten im Modellraumprogramm des Landes Baden-Württemberg nicht enthalten und werden deshalb auch nicht gefördert.

Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 27.03.2014

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 27.03.2014

2.1 Raumsituation in der Marie Baum-Schule

Informationsvorlage 0041/2014/IV

Herr Stadtrat Rochlitz stellt die Vorlage nicht zufrieden, da die Vorlage keine Lösungsmöglichkeiten enthält. Ihm liege die Zahl von 116 Anmeldungen für zwei Eingangsklassen vor. Gerade weil das Thema Pflege und Alter immer wichtiger werde, müsse man mehr Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit geben, an der Marie-Baum-Schule zu lernen. Insofern müsse eine Differenzierung der Schularten erfolgen und nicht pauschal mit zurück gehenden Schülerzahlen argumentiert werden. Darüber hinaus gebe es in der Schule keinen Sanitätsraum und das Lehrerzimmer sei zu klein, was auch von Frau Stadträtin Deckwart-Boller bestätigt wird.

Herr Stadtrat Grund ist gegen die Streichung der Hausmeisterwohnung. Außerdem bekräftigt er, dass eine Aula für Veranstaltungen sein müsse. Es solle darauf hin gewirkt werden, dass die Richtlinien geändert werden.

Herr Brühl, Leiter des Amtes für Schule und Bildung, teilt mit, dass die Enge an der Schule bekannt sei. In der Vorlage wurden die landes- und schulpolitischen Rahmenbedingungen dargestellt.

Gegenwärtig werde eine Küche, die nicht gebracht werde, in ein Klassenzimmer umgewandelt. Es gebe keinen Rechtsanspruch, einen Platz an einem beruflichen Gymnasium zu bekommen. Das Land reglementiere die Anzahl der Klassen an beruflichen Gymnasien.

Es bestünde auch bei den beruflichen Schulen selbst Sorge wegen der veränderten Schülerströme gerade auch durch die Entwicklung der Gemeinschaftsschulen. Weiterhin müsse der gesamte Schulcampus in Wieblingen betrachtet werden. Dies könne jedoch zusammen mit dem Regierungspräsidium erfolgen.

Der Erhalt einer Hausmeisterwohnung als auch den Bau einer Aula sei nicht in den Schulbaurichtlinien vorgesehen, so dass man sich darüber im Klaren sein müsse, dass es keine finanziellen Mittel vom Land gebe.

Wenn seitens der Stadt eine Änderung gewollt sei, müsse eine Anmeldung für den kommenden Haushalt erfolgen. Der könne jedoch nur auf entsprechenden Rahmenbedingungen erfolgen. Deshalb wurde vorgeschlagen, das Regierungspräsidium nochmals konkret in die Pflicht zu nehmen und zu sagen, wie der Raumbedarf sein wird.

Herr Stadtrat Rochlitz betont, dass zeitnah geholfen werden müsse und kein Abwarten gewünscht sei. Er stelle den **Antrag:**

Es müssen verlässliche Zahlen vorliegen und es soll versucht werden, zeitnah eine Lösung zu finden, dass den Schulen und den Schülerinnen und Schüler, die dafür Interesse haben, geholfen wird.

Der Antrag wird nicht weiter verfolgt und wird deswegen nicht zur Abstimmung gestellt.

Frau Stadträtin Dr. Lorenz fragt, ob es Zahlen gebe, wie viele Schülerinnen und Schüler aus dem Umland seien. Wenn der Kreis gut mit beruflichen Schulen versorgt sei, könnten diese Schülerinnen und Schüler auch dort hin gehen.

Herr Brühl teilt mit, dass circa zwei Drittel aus dem Umland kommen. Allerdings sei Heidelberg ein Oberzentrum was die Schullandschaft angehe und es auch gewollt sei, dass die Schüler außerhalb von Heidelberg kommen.

Bürgermeister Erichson stellt folgenden Arbeitsauftrag für die Verwaltung fest: Die Verwaltung nimmt mit dem Regierungspräsidium Kontakt auf, um verlässliche Zahlen, was die Schülerströme und den Raumbedarf an der Marie-Baum-Schule betrifft, zu erhalten.

gezeichnet
Wolfgang Erichson
Bürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2014

Ergebnis der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates vom 10.04.2014

23.1 Raumsituation in der Marie Baum-Schule Informationsvorlage 0041/2014/IV

Oberbürgermeister Dr. Würzner führt kurz in die Thematik ein. Er weist auf folgende **Zu-
sage** von Bürgermeister Erichson in der Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 27. März 2014 hin:

Die Verwaltung nimmt mit dem Regierungspräsidium Kontakt auf, um verlässliche Zahlen, was die Schülerströme und den Raumbedarf an der Marie-Baum-Schule betrifft, zu erhalten.

Er erklärt, darauf aufbauend wolle man das Sanierungskonzept dann fortsetzen.

Stadträtin Dr. Werner-Jensen meldet sich zu Wort und weist auf den Antrag der SPD (siehe Drucksache 0097/2014/AN und Anlage zur Drucksache) hin und betont ausdrücklich die Wichtigkeit des Antrags. Sie bittet darum, dieses Thema sehr genau zu verfolgen und den im Antrag enthaltenen Wünschen für die Marie-Baum-Schule nachzugehen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner sagt dies zu.

Anschließend nehmen die Stadträtinnen und Stadträte die Informationsvorlage ohne weiteren Gesprächsbedarf zur Kenntnis.

gezeichnet
Dr. Eckart Würzner
Oberbürgermeister

Ergebnis: Kenntnis genommen mit Arbeitsauftrag an die Verwaltung

Begründung:

1. Ausgangslage

Die schon seit 2003 bestehende für den Bereich des Regierungspräsidiums Karlsruhe eingerichtete Regionalkonferenz Rhein-Neckar-Odenwald beschäftigt sich schulträgerübergreifend mit der Struktur der beruflichen Schulen mit dem Ziel durch eine Lenkung von Schülerströmen den Auswirkungen der geänderten Rahmenbedingungen in der Wirtschaft und den Folgen der demografischen Entwicklung gerecht zu werden. Eine besondere Herausforderung ergibt sich insbesondere dadurch, dass in den ländlichen Bereichen in den vergangenen Jahren erhebliche Schülerrückgänge zu verzeichnen waren, die z.T. ganze Ausbildungsbereiche an den Schulen betrafen und in Frage stellten.

Um weiterhin eine berufliche Beschulung in der bisherigen Qualität aufrecht erhalten zu können, ist eine gemeinsame Abstimmung der Staatlichen Schulverwaltung mit den einzelnen Schulträgern das Ziel dieser Regionalkonferenz.

Eine große Rolle spielt dabei auch der vom Statistischen Landesamt prognostizierte erhebliche Rückgang bei den Schülerzahlen der beruflichen Schulen von bis zu 30%. Es ist noch nicht absehbar, wie sich dies auf die beruflichen Schulen in der Region Rhein-Neckar-Odenwald grundsätzlich auswirken wird und wie die Staatliche Schulverwaltung hierauf zu reagieren beabsichtigt.

Dies ist besonders für die Schulträger eine unbefriedigende Situation, da durch diese Entwicklungen eine verlässliche Raumplanung und -entwicklung an den beruflichen Schulen vorerst kaum möglich ist. Ein Beispiel hierfür ist der Rhein-Neckar-Kreis, der in den vergangenen Jahren erhebliche Investitionen in die Sachausstattung, aber auch in bauliche Erweiterungen tätigte und nun feststellen muss, dass durch die Entwicklung der Schülerzahlen diese in einem solchen Umfang nicht nötig gewesen wären.

Ein weiterer, zu beachtender Punkt im Bereich der beruflichen Schulen ist die Tatsache, dass es noch nicht abzusehen ist, welche Auswirkungen die landespolitische Entscheidung zur Einführung von Gemeinschaftsschulen (allein zwei in Heidelberg, ab dem kommenden Schuljahr eine in Eppelheim und eine in Schwetzingen) und deren Weiterentwicklung auf die bestehenden beruflichen Vollzeitschulen haben wird. Es ist nicht auszuschließen, dass sich hieraus ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen ergibt. Bevor hier keine Klarheit besteht, wäre es nicht sinnvoll Planungen bzw. Baumaßnahmen einzuleiten und Mittel hierfür vorzusehen. Bei einem Rückgang der Schülerzahlen bei den beruflichen Vollzeitschulen kann sich durchaus eine Entspannung in der Raumfrage ergeben. Da hiervon alle berufsbildenden Schulen im Berufsschulzentrum Wieblingen betroffen sind, muss diese Frage in der Gesamtheit betrachtet werden.

2. Derzeitige Raumsituation

Zur Verbesserung der Raumsituation erhielt die Marie-Baum-Schule zusätzliche Räume in der Carl-Bosch-Schule zur Verfügung gestellt, die aber das bestehende Defizit noch nicht ganz auffangen konnten.

Für den naturwissenschaftlichen Unterricht werden die Labore bzw. Fachräume der Johannes-Gutenberg-Schule genutzt.

Der schon seit vielen Jahren bekannte Lösungsvorschlag mit einer Überbauung der Terrasse an der Schule ist sicherlich denkbar, wurde aber wegen der oben angeführten Gründe bisher nicht weiterverfolgt.

Eine weitere Alternative zur Verbesserung der Raumsituation würde die Möglichkeit darstellen, durch den Schülerrückgang freiwerdende Kapazitäten (auch in den angrenzenden berufsbildenden Schulen) zur Deckung des Raumbedarfes zu verwenden.

3. Lösungsansätze

Im Vergleich zum überwiegenden Teil unserer Schulen, die über keine Hausmeisterwohnung mehr verfügen, besteht an der Marie-Baum-Schule noch eine solche, die durch den Hausmeister der Carl-Bosch-Schule bewohnt wird. Da er in absehbarer Zeit in den Ruhestand gehen kann, wäre es eine Option, zur Abdeckung eines Teiles des Raumbedarfes die Räume der freiwerdenden Wohnung umzunutzen. Sie hat eine Größe von ca. 100 m² und einen zusätzlichen Bereich im Untergeschoss, der teilweise über Oberlichter verfügt.

Um die Unwägbarkeiten bei der Schülerentwicklung berücksichtigt zu sehen und einen Gesamtüberblick über einen evtl. noch bestehenden Raumbedarf zu erhalten, werden wir das Regierungspräsidium Karlsruhe bitten, eine entsprechende Raumbedarfsanalyse zu erstellen. Erst nach deren Vorliegen halten wir es für angebracht, falls notwendig, planerische Untersuchungen einzuleiten und Kosten zu ermitteln. Diese Analyse ist für uns als Schulträger auch dahingehend wichtig, dass sie die Grundlage für eine mögliche Schulbauförderung bildet.

4. gemeinsam genutzten Aula

Bei einer Aula handelt es sich um keine Räumlichkeit, die durch das Modellraumprogramm des Landes erfasst bzw. im Rahmen der Schulbauförderung bezuschusst wird. Wenn durch die Schulen größere Veranstaltungen durchgeführt werden sollen, müssten diese wie bisher auch in der Neckarhalle stattfinden, die jederzeit hierfür zur Verfügung gestellt werden kann.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

| | | |
|----------------------------------|---------------------------|---|
| Nummer/n: (Codierung) | + / - berührt: | Ziel/e: |
| SOZ 9 | + | Ausbildung und Qualifizierung junger Menschen sichern |
| | | Begründung: |
| | | Durch bauliche Verbesserungen für die Schule ist eine bessere Möglichkeit zu einer qualifizierten beruflichen und schulischen Ausbildung vorhanden. |

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine.

gezeichnet

Dr. Joachim Gerner